

FORUM

Zeitgeschichtsforschung, Gedenken, Erinnerung – Selbstdarstellungen aktiver Gruppen in Schleswig-Holstein

Am 3. Juli 2000 trafen sich auf Einladung der „Gruppe 33“, des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs und des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte Vertreter verschiedener Gruppen und Institutionen, die im Lande mit der Erforschung der bzw. der Erinnerung an die NS-Geschichte befasst sind. Hintergrund dieser Zusammenkunft war die vom Bund eingerichtete Förderung lokaler Gedenkstätten zum Nationalsozialismus und deren Umsetzung durch die Landesregierung, die nun die Gründung einer Landesstiftung anstrebt. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass sich die Landesregierung nun endlich zu einer finanziellen Förderung von NS-Gedenkstätten entschlossen hat, aber es wird darauf zu achten sein, dass sie sich nicht mit der Gründung einer „staatsfernen“ Bürgerstiftung der politischen Verantwortung zu entziehen versucht.

Ein Resultat des Treffens war u. a. die Gründung einer „Landesarbeitsgemeinschaft für Gedenkstättenarbeit“. Eines der Ziele dieser AG ist die Vorbereitung einer zu gründenden „Bürger-

stiftung“, die für die unterschiedlichen NS-Gedenkstätten im Lande und vor allem auch für deren Finanzierung zuständig sein soll.

Beim Treffen vom 3. Juli waren jedoch nicht alle im Land aktiven Gruppen beteiligt; die Geschichts-Szene in Schleswig-Holstein bzw. den angrenzenden, aus historischen Gründen eng mit dem Land verbundenen Regionen hat sich längst stark diversifiziert; es gibt neue Gruppen, die ihre Ziele relativ isoliert und ohne Kontakt zu anderen verfolgen, und es mangelt an einem Überblick, wer sich wo mit welchen Mitteln für welche Ziele einsetzt.

Zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Sinne eines offenen Netzwerkes ist eine differenzierte Bestandsaufnahme und Positionsbestimmung unabdingbar. Daher hat der AKENS – in Unterstützung der Initiative des letzten Sommers – die ihm bekannten Gruppen eingeladen, an dieser Stelle ihre Arbeit, Erfolge und Ziele vorzustellen. Zwölf sehr unterschiedliche Gruppen haben entsprechende Berichte geliefert.

Die Redaktion

„Euer Leiden, Euer Kampf und Euer Tod sollen nicht vergebens sein“ – die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V.

Dieses Motto war und ist richtungweisend für die Arbeit der „Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V.“. Nach einer Gedenkveranstaltung von Überle-

benden des KZ Neuengamme, Angehörigen und Freunden am 6. Juni 1948 in der Lübecker Bucht erfolgte die Gründung der Arbeitsgemeinschaft als Ver-

ein ehemaliger politischer Häftlinge des KZ Neuengamme. Gründungsmitglieder waren unter anderem die ehemaligen Widerstandskämpfer und Neuengamme-Häftlinge Ernst Saalwächter, Albin Lüdke sowie die Brüder Alfred und Fritz Bringmann. Diese Männer hatten bereits vor 1933 gegen die Nationalsozialisten gekämpft und waren von 1933 bis 1945 zwischen zehn und zwölf Jahre in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert gewesen. Auch jetzt, nach dem Krieg, wollten sie weiter kämpfen – diesmal gegen das Vergessen.

Zu den ersten Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft kurz nach dem Krieg zählten:

- die Betreuung Überlebender und Hinterbliebener
- die Wahrnehmung sozialer Belange ehemaliger Mithäftlinge
- die Aufklärung von Häftlingsschicksalen durch eine Suchkartei
- Beiträge zur Aufklärung von NS-Verbrechen
- die Sammlung von Dokumenten und Berichten Überlebender
- das Hinwirken auf den Erhalt der Lagerüberreste Neuengammes
- die Einrichtung einer Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Lagers sowie
- die Verlegung der dort befindlichen Gefängnisse vom Lagergelände.

Mehrere Veröffentlichungen zur Geschichte und Nachgeschichte des KZ Neuengamme wurden im Laufe der Jahre herausgegeben:

- Arbeitsgemeinschaft Neuengamme (Hrsg.): So ging es zu Ende. 1960.
- Fritz Bringmann: Kindermord am Bullenhuserdamm. Frankfurt/Main 1978.
- Fritz Bringmann/Hartmut Roder: Neuengamme: verdrängt – vergessen –

bewältigt? Hamburg 1979.

- Fritz Bringmann: KZ Neuengamme – Berichte, Erinnerungen, Dokumente. Frankfurt/Main 1981 (2. und 3. Auflage 1982)

Nach dem Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1951 übernahm die Arbeitsgemeinschaft einige ihrer Aufgaben. Dazu zählte beispielsweise die Organisation und Durchführung von Mahn- und Gedenkveranstaltungen in Hamburg, Lübeck und Neustadt. Seit Gründung der „Amicale Internationale de Neuengamme“ (AIN) – dem internationalen Zusammenschluss der nationalen Lagergemeinschaften – 1958 fungiert die Arbeitsgemeinschaft als deutsche Sektion der internationalen Organisation und stellt traditionsgemäß auch Generalsekretär und Schatzmeister.

Lange wurde die Arbeitsgemeinschaft vom Hamburger Senat ignoriert, ja verweigert, da sich unter ihren Mitgliedern zahlreiche kommunistische Überlebende des Widerstandes befanden. Dies änderte sich nur sehr langsam. Zur Einweihung des Mahnmals in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Jahr 1965, für dessen Errichtung sie sich unermüdlich eingesetzt hatten, waren die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft noch unerwünscht.

Heute führen Mitglieder der nationalen und der internationalen Lagergemeinschaft Gespräche mit der Kulturbehörde über die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Trotz häufig unterschiedlicher Auffassungen sind diese Gespräche mittlerweile geprägt von gegenseitigem Respekt und der Suche nach einem Konsens. Hamburgs Erste Bürgermeister und Schles-

wig-Holsteins Ministerpräsidenten lassen es sich mittlerweile nicht mehr nehmen, alle fünf Jahre auf großen Gedenkveranstaltungen zu sprechen.

Dass sich die Einstellung der Regierenden zum Positiven gewandt hat, zeigen auch die Auszeichnungen, die Gründungsmitglied und 1. Vorsitzender Fritz Bringmann von offiziellen Stellen erhielt. Bereits 1993 verlieh ihm Hamburgs Erster Bürgermeister Henning Voscherau die „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes“. 1995 bekam er von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis die „Ehrennadel des Landes Schleswig-Holstein“ überreicht und – last but not least – fand eine lange Diskussion um die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Kommunisten Fritz Bringmann ihr Ende: Am 26. Januar 2000 hielt er es endlich in den Händen, überreicht von Hamburgs Erstem Bürgermeister Ortwin Runde (siehe *IZRG* 37, S. 90ff.).

Aus naheliegenden Gründen nimmt die Zahl der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme durch Krankheit und Tod stetig ab. Im Moment besteht sie aus ca. 20 Mitgliedern, darunter auch junge Menschen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Arbeit der Überlebenden fortzusetzen. Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft haben sich im Laufe der Zeit verändert: Heute werden regelmäßige Kontakte zur Kulturbehörde Hamburg und der Gedenkstättenleitung gepflegt und so unter anderem eigene Vorschläge zur bevorstehenden Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Jahr 2003 eingebracht. Die Arbeitsgemeinschaft

war und ist Mitveranstalterin und Organisatorin großer Gedenkveranstaltungen, die seit 1960 in fünfjährigen Abständen durchgeführt werden.

Jährlich finden Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen für die Toten der Konzentrationslager statt. Auf regelmäßigen Treffen werden – neben politischer Diskussion – die kommende Aktionen geplant. Die Arbeitsgemeinschaft äußert sich durchaus auch öffentlich zu aktuellen politischen Fragen.

Die Strafanstalt Vierlande wird Ende 2002 vom ehemaligen Lagergelände verlegt. Eine unserer wichtigsten Aufgaben im Moment ist die kritische und konstruktive Begleitung der Neukonzeption der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sowie die Einbringung unserer Vorstellungen und Forderungen.

Nach wie vor ist die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V. Auge und Ohr der „Amicale Internationale KZ Neuengamme“ in Deutschland. Nach der Herausgabe eines Buches über Gedenkstätten an den Orten der ehemaligen Außenlager des KZ Neuengamme im Jahr 2000 (siehe *ISHZ* 38, S. 130f.) haben wir uns für die nahe Zukunft folgende Projekte vorgenommen:

- die Erstellung einer Informationsbroschüre für Interessenten
- die Veröffentlichung der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft
- ein Treffen junger Mitglieder der nationalen Verbände (Kinder und Enkel ehemaliger Häftlinge sowie Menschen im gleichen Alter), das zum Kennenlernen beitragen und zur langfristigen Weiterführung der Tätigkeit der „Amicale Internationale KZ Neuengamme“ führen soll.

Die weitere kritische Begleitung der Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Noch hat die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme gegenüber dem Senat, der Hamburger Kulturbehörde und der KZ-Gedenkstätte einen Status, der nicht wegdiskutiert werden kann. Doch wir machen uns nichts vor: Dieser Status lebt in erster Linie von der Präsenz der Überlebenden. Sind diese eines Tages nicht mehr dabei, müssen wir sicher mehr Kraft aufwenden, um weiterhin gehört und ggf. in Entscheidungen mit eingebunden zu werden. Auch deshalb suchen wir politisch aktive Menschen, die mit uns gegen das Vergessen arbeiten möchten.

Alle drei Monate treffen wir uns für einen Abend im DGB-Haus in Ham-

burg, um uns auszutauschen und Interessenten die Möglichkeit zu geben, mal bei uns „reinzuschnuppern“. Der fünfköpfige Vorstand trifft sich vier Mal im Jahr, einmal davon auf der jährlichen zweitägigen Hauptversammlung der Mitglieder, die meistens am letzten Oktoberwochenende stattfindet. Alle zwei Jahre finden hier auch die Vorstandswahlen statt.

Das nächste Treffen der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V., zu dem Interessenten herzlich eingeladen sind, findet statt am 5. September 2001 um 18.00 Uhr, im DGB-Haus Hamburg, Besenbinderhof 60, 4. Etage, Raum 44.

Ulrike Jensen

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, Fritz Bringmann, Böker Straße 54, 24613 Aukrug

Der Arbeitskreis Alternative Stadtrundfahrten

Erinnerung vor Ort an Verfolgung und Widerstand. Hamburg im Nationalsozialismus

Die Alternativen Stadtrundfahrten (ASRF) sind aus einem Aktionstag verschiedener Organisationen zur Erinnerung an den 40. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1978 hervorgegangen. Konzipiert wurde die erste Stadtrundfahrt unter dem Motto „Verfolgung und Widerstand“ von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA). Sie sollte als einmaliges Angebot den Interessierten die entsprechenden Stätten/Orte der Verfolgung und des Widerstandes in Hamburg zeigen. Die Informationen wurden von Zeitzeugen vermittelt und um deren biografische Berichte erweitert.

Die Stadtrundfahrt war ein solcher Erfolg, dass der Landesjugendring Hamburg kurze Zeit später die Organisation übernahm und die Stadtrundfahrten als feste Institution für Schulen, Jugendverbände, konfessionelle Gruppen etc. avanciert sind. Sie werden in den Hamburger Lehrplänen für den Geschichtsunterricht empfohlen. Die Vielfältigkeit des Angebotes hat sich in den letzten Jahren ausdifferenziert (neben den Fahrten mit dem Bus werden Barkassen- und Fahrradrundfahrten sowie Rundgänge angeboten). Insgesamt hat der Arbeitskreis ein Repertoire von aktuell 18 verschiedenen Schwerpunktfahrten.

Die Alternativen Stadtrundfahrten

werden von der Stadt Hamburg subventioniert, d. h. Hamburger Schulen und Jugendverbände bezahlen 220 DM bzw. 180 DM für eine drei- bis vierstündige Stadtrundfahrt. Nicht geförderte Stadtrundfahrten kosten 520 DM. Bei Stadtrundgängen und Fahrten mit eigenem Bus oder mit dem Fahrrad berechnen wir 120 DM.

Die Offenen Fahrten werden mehrmals im Jahr angeboten, damit auch Einzelpersonen die Möglichkeit haben, an einer Stadtrundfahrt teilzunehmen. Die Preise sind unterschiedlich hoch, bei Fahrten mit dem Bus berechnen wir acht DM für alle bis 27-Jährigen und zwölf DM für alle Älteren.

Der Arbeitskreis Alternative Stadtrundfahrten ist dem Landesjugendring Hamburg angeschlossen und setzt sich aus gut 25 Menschen fast jeden Alters (von 25 – 65 Jahren) und verschiedener Berufsgruppen zusammen. Der Arbeitskreis versteht sich als offener Zirkel, d. h. es gibt zwar einen „inner circle“, der Kern bzw. das Herz des AKs, aber durch Neuinteressierte wird die Gruppenstruktur immer wieder aufgelockert.

Das hat Vor- und Nachteile. Bestimmte Dinge müssen so immer wieder angesprochen werden, um die Interessierten auf den gleichen Stand zu bringen, andererseits kommen auch neue Impulse in die Diskussionen. Für die Durchführung einer Stadtrundfahrt bekommen die Ehrenamtlichen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 100 DM. Die Vor- und Nachbereitungen können vom Landesjugendring nicht finanziell vergütet werden.

Der Arbeitskreis trifft sich regelmäßig einmal im Monat sowie in Untergruppen je nach Bedarf. Zusammen mit

der Referentin werden neue Konzepte entwickelt oder alte überarbeitet. Es geht dabei um die Aktualisierung der Forschungsstände, aber auch um methodisch-didaktische Fragestellungen.

Die Referentin für historisch-politische Jugendbildung im Landesjugendring ist für den Bereich Alternative Stadtrundfahrten Ansprechpartnerin nach innen und außen und koordiniert die Arbeit der ehrenamtlichen StadtführerInnen. Sie stellt sicher, dass die administrativen Abläufe (Abwicklung der Stadtrundfahrten, Erstellen des Flyers, Organisation von Veranstaltungen, Vernetzungen und Kooperationen etc.) reibungslos funktionieren.

Die Stadtrundfahrten haben sich soweit etabliert, dass eine Teilnahme an größeren Veranstaltungen zumindest in Hamburg – wie z. B. im Rahmenprogramm zur Wehrmachtsausstellung 1999 – selbstverständlich ist.

Es ist unser Anliegen, die Auswirkungen des Nationalsozialismus vor der eigenen Haustür aufzuzeigen (regionaler Bezug). Wir fahren Orte, Gebäude und Straßen an, die eine unmittelbare Verbindung zu der Zeit des Hitler-Regimes haben. Dazu gehören außer Rathaus und dem Stadthaus (ehemals Sitz der Gestapo) die „arisierten“ Kaufhäuser der Innenstadt wie auch die Gedenkstätten (z. B. Neuengamme, Bullenhuserdamm, Konzentrationslager Fuhlsbüttel, Thälmann-Gedenkstätte). Auch die Geschichte einzelner Stadtteile wird thematisiert, z. B. die des Grindelviertels, vor der Machtübernahme der Nazis Mittelpunkt des jüdischen Lebens in Hamburg. Hier stand die Synagoge, die im Zuge der Reichspogromnacht zerstört wurde, und auch die Talmud-Tora-

Schule, die heute von der Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Bibliothek und Information, genutzt wird.

Neben den örtlich-architektonischen Bezügen zu der jüngsten Vergangenheit sind uns biografische Anknüpfungspunkte genauso wichtig. Wir versuchen möglichst viele von uns angefahrene Stationen mit Einzelschicksalen zu verknüpfen. Leider ist es so, dass uns nicht mehr ausreichend ZeitzeugInnen zur Verfügung stehen, so dass wir auf Bild- und Tondokumente angewiesen sind. Diese allerdings sind ein sehr wichtiger Ersatz, denn dadurch werden die Ausführungen lebendig; ein Wechsel von Abstraktion, Faktenvermittlung und biografischen Elementen steigert, so hoffen wir, das Interesse.

Die Stadtrundfahrten richten sich an alle SchülerInnen ab der neunten oder zehnten Klasse und alle anderen Jugendlichen dieser Altersstufe. Wir möchten weder die „moralische Keule“ schwingen noch einen Crashkurs in Antifaschismus absolvieren. Uns kommt es darauf an, die Fakten aufzuzeigen und zu vermitteln, dass der Nationalsozialismus weder ein vom Himmel gefallenes Phänomen noch eine in Hamburg unbekannte Erscheinung war.

Aktuell bieten wir folgende Fahrten für Gruppen an:

- Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand (auch als Rundgang)
- Fahrt zur KZ-Gedenkstätte Neuen- gamme und zur Gedenkstätte für die Kinder vom Bullenhuserdamm
- Swing-Jugendliche im Nationalsozialismus
- Medizin und Euthanasie

- Jüdisches Leben in Hamburg (auch als Rundgang)
- Kirchen im Nationalsozialismus
- Jugendopposition und Jugendwiderstand
- Schwule im Nationalsozialismus
- Frauenaußenlager des KZs Neuen- gamme
- Arbeiterbewegung
- Alternativer Uni-Rundgang (nur als Rundgang)
- Radtour zu den Stätten der Bomben- zerstörung, des Feuersturms und der Verfolgung in Barmbek, Dulsberg und Eilbek
- Fahrradrundfahrt durch Harburg

In unserem Jahresprogramm werden Fahrten angeboten, die aus organisatorischen Gründen nicht von Gruppen gebucht werden können:

- Alternative Hafensrundfahrt
- Alternative Alsterkanalfahrt
- Literarischer Spaziergang über den Ohlsdorfer Friedhof
- Fahrradrundfahrt über den Ohlsdorfer Friedhof

Der Arbeitskreis hat eine Dokumentation anlässlich seines 20-jährigen Jubiläums erarbeitet, die zum Selbstkostenpreis von 5 DM beim Landesjugendring zu beziehen ist. Der Flyer sowie *punktum*, die Zeitschrift des Landesjugendrings mit dem Schwerpunkt Alternativen Stadtrundfahrten, werden auf Wunsch zugeschickt.

Beate Arlt

Kontakt:

Landesjugendring Hamburg,
Güntherstraße 34, 22087 Hamburg,
Tel. 040 / 317 96 114, E-Mail:
ljr-hh@t-online.de

Der Arbeitskreis Asche-Prozeß

Gründung im Jahre 1980

Der Arbeitskreis Asche-Prozeß – vielen bekannt durch die von ihm in Kiel veranstalteten Antifaschistischen Stadtrundfahrten – konnte im November letzten Jahres auf sein 20-jähriges Bestehen zurückblicken. Der Anlass zur Gründung dieses Arbeitskreises war ein so genanntes NSG-Verfahren (Nationalsozialistische Gewaltverbrechen) vor dem Landgericht Kiel gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Kurt Asche gewesen.

Am 26. November 1980 begannen die Verhandlungen gegen den ehemaligen „Judenreferenten“ Kurt Asche vor der Schwurgerichtskammer. Asche wurde wegen „Beteiligung zum Mord in mehr als 10.000 Fällen“ angeklagt, denn er hatte in den Kriegsjahren 1941 bis 1943 als Mitarbeiter der Gestapo in Brüssel die Deportation von über 25.000 „Juden“ aus dem besetzten Belgien und aus Nordfrankreich in das deutsche Vernichtungslager Auschwitz organisiert. Das Gericht verurteilte Kurt Asche im Juli 1981 zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren.

Der Arbeitskreis hat damals durch Veranstaltungen und Info-Material über die juristischen und historischen Hintergründe des Verfahrens die Öffentlichkeit informiert. Zu den Verhandlungen kamen immer viele Schülerinnen und Schüler als Zuhörer. Eine wichtige Diskussionsveranstaltung mit Beate Klarsfeld als Rednerin fand im Kieler Gewerkschaftshaus statt. Sie und ihr Ehemann Serge Klarsfeld aus Frankreich sowie der belgische Historiker Dr. Maxime Steinberg hatten am Zustandekommen des Prozesses durch provoka-

tive Öffentlichkeitsarbeit einen großen Anteil.

Verschiedene Angehörige des Arbeitskreises nahmen Kontakte zu einigen Zeugen der Anklage auf. Herausragend waren sicherlich die Gespräche mit ehemaligen Verfolgten aus Belgien.

Dass sich der Arbeitskreis seinen Namen nach einem ehemaligen NS-Täter gegeben hatte bzw. in der Gründungsphase einfach so genannt wurde, wurde später gelegentlich bedauert. Doch irgendwann war der Arbeitskreis in der Kieler Öffentlichkeit unter diesem Namen so bekannt, dass eine Umbenennung nicht mehr sinnvoll erschien. Außerdem bestand aufgrund der Aktivitäten kein Zweifel an seiner antifaschistischen Gesinnung.

Angehörige des Arbeitskreises

Zwar war das Gerichtsverfahren vor dem Kieler Landgericht der Anlass zur Bildung eines Arbeitskreises Interessierter, aber dies geschah nicht in einem politisch „luftleeren Raum“; etliche Aktivisten der Neugründung zu Beginn der achtziger Jahre gehörten „linken“ Organisationen an. Als Vorläuferorganisation kann die „Gruppe Kieler Antifaschisten“ genannt werden. Von ihren Mitgliedern gingen Aktivitäten gegen neofaschistische Umtriebe in Kiel aus. Trotzdem waren die „Unorganisierten“ in dem Arbeitskreis Asche-Prozeß immer in der Mehrheit. Und diese kamen nicht unbedingt aus der damaligen links-alternativen Szene. Auch Mitglieder der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der SPD und sogar Wähler/innen der CDU beteiligten

sich an den Aktivitäten des Arbeitskreises, um sich vor dem Hintergrund des Verfahrens vor dem Landgericht mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Manchmal auch mit der eigenen Vergangenheit, denn einige waren während der Nazi-Zeit verfolgt worden.

Inhalte

Der Arbeitskreis hatte sich während des Verfahrens mit der Geschichte des deutschen Faschismus und seinen Verbrechen in Belgien und Polen – also dem Holocaust – beschäftigt. Das war ja weit entfernt passiert und hatte mit der Geschichte der eigenen Stadt Kiel scheinbar nichts zu tun. Einige ältere Kieler erzählten aber, dass es in dem damaligen Vorort Russee während der Nazi-Zeit ein KZ gegeben haben sollte. Was lag also näher, als sich – nach dem Ende des Gerichtsverfahrens – mit der Zeit des Nationalsozialismus des eigenen Wohnortes zu beschäftigen.

Das Ergebnis konnte im Jahre 1983 als Antifaschistische Stadtrundfahrt erstmals präsentiert werden. Wie auch viele andere in den achtziger Jahren in der Bundesrepublik unter dem Stichwort „Geschichte von unten“ oder „Geschichtswerkstatt“ entstandenen Initiativen war auch diese Geschichtsvermittlung geprägt durch den Willen, möglichst alle erstmals erforschten Erkenntnisse über die Nazi-Zeit zu erzählen. Dem Zeitgeist entsprechend – das muss heute selbstkritisch angemerkt werden – nicht selten unter dem ausschließlichen Blickwinkel des „antifaschistischen Widerstandes“.

Parallel zu dieser Geschichtsarbeit entwickelte der Arbeitskreis in den achtziger Jahren Aktivitäten gegen die

vorhandene Nazi-Szene. Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Aktionen gegen einen in Kiel über Jahre bestehenden Nazi-Buchladen oder beispielsweise gegen die zu den Kommunalwahlen 1983 kandidierende fremdenfeindliche „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ und die daraus sich entwickelnden „Republikaner“ sind dazu zu zählen.

In den neunziger Jahren intensivierten die Angehörigen des Arbeitskreises die Geschichtsarbeit. Die „klassische“ antifaschistische Stadtrundfahrt per Bus wurde immer wieder mit neuen Forschungsergebnissen verbessert, und es entstanden einige themengebundene Stadtteilrundgänge („Düsternbrook“, „Jüdische Gemeinde Kiel“, „Widerstand, Verfolgung und Verweigerung“, „Gaarden“, „Krieg in Kiel“). Aktivitäten gegen die lokale Nazi-Szene gab es kaum noch.

Mitgliederfluktuation

Während des Gerichtsverfahrens 1980/81 nahmen etwa 20 bis 25 Personen an den regelmäßigen Treffen des Arbeitskreises teil. Nach dem Ende des Prozesses und der daraus resultierenden Veränderung der Inhalte und Aktivitäten des Arbeitskreises schmolz der Teilnehmerkreis in den folgenden Jahren auf etwa 15 Personen zusammen. Nunmehr fast ausschließlich politisch „Unorganisierte“. Obgleich einige der Angehörigen aus der Gründungszeit immer dabei blieben, manche über viele Jahre Aktivitäten entfalteten, so hatte der Arbeitskreis eine ständige Mitgliederfluktuation zu verzeichnen. Zeitweilige gehörte fast die Hälfte der Mitglieder dem Umfeld der Kieler Punk-Szene an. Heute beteiligen sich noch vier Per-

sonen an den Aktivitäten des Arbeitskreises Asche-Prozeß. Übrigens hat man sich nie zu einer förmlichen „Mitgliedschaft“ und/oder einer Eintragung ins Vereinsregister entschließen können.

Publikationen und Aktivitäten

Seit Jahren schon führt der Arbeitskreis Asche-Prozeß jährlich 12 bis 15 Stadtrundfahrten bzw. -rundgänge durch, überwiegend mit Schulklassen im Rahmen des Geschichtsunterrichts. Aber auch öffentliche Rundfahrten, die über die Zeitungen und Faltblätter angekündigt werden, sind üblich; so beispielsweise zum 27. Januar, zum 8. Mai und zum 9. November. Hier kooperiert der Arbeitskreis seit einigen Jahren mit dem Kirchenkreis Kiel und der Stadt Kiel. Das Interesse an lokalen Stadtrundfahrten – wie überhaupt das Interesse, mehr über die Nazi-Zeit zu erfahren – ist „konjunkturellen Schwankungen“ unterworfen. An bestimmten Gedenk- oder Jahrestagen besteht gesteigertes Bedürfnis, sich mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen. Eine generelle Abnahme des Interesses, wie oft behauptet wird, kann nicht festgestellt werden.

Im Frühjahr 1983 erschien das erste Begleitheft zur „Antifaschistischen Stadtrundfahrt“. 2,50 DM kostete das immerhin 40 Seiten starke Heft damals und blieb für viele Jahre das einzige Material, das an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rundfahrten weitergegeben werden konnte.

In dem 1994 herausgegebenen Reader *Kiel im Nationalsozialismus. Materialien und Dokumente* werden 22 Themen – Ereignisse, Orte und Personen der NS-Zeit in Kiel – behandelt. Einschlägige Dokumente von staatlichen

Institutionen oder der Partei, wichtige Zeitungsmeldungen oder Fotos werden abgedruckt. Diesen drei bis vier zeit-historischen Dokumenten je Kapitel ist jeweils ein einführender Text vorangestellt. Um eine gute Lesbarkeit zu erreichen, wurde weitestgehend auf Fremdwörter und auf die in wissenschaftlichen Arbeiten üblichen Fußnoten verzichtet. Die weiterführende Literatur ist am Ende eines jeden Kapitels angegeben. Der Reader umfasst 128 Seiten und hat eine kopierfreundliche Ringbindung – ist also gut für die Benutzung im Schulunterricht geeignet.

Das 1998 veröffentlichte Begleitheft *Antifaschistische Stadtführungen. Kiel 1933–1945* führt auf vier Routen durch Kiel. Neben der Übersichtlichkeit ist ein Vorteil dieser handlichen Broschüre, dass alle Routen mit Stadtkarten versehen sind. Interessierte können sich so auch ohne direkte Anleitung auf den Weg machen. Die Texte zu den einzelnen Stationen sind kurz und durch zeitgenössische Fotos recht anschaulich illustriert. Auch wenn dieses Begleitheft zu eigenen Entdeckungstouren ermuntern soll, bietet der Arbeitskreis selbstverständlich weiterhin die Stadtrundfahrt als auch Stadtrundgänge an.

Finanzierung

Der Arbeitskreis Asche-Prozeß hat sich seit seiner Gründung durch Spenden seiner Mitglieder, aber insbesondere durch deren Aktivitäten finanziert. Stadtrundfahrten werden immer so geplant, dass die Teilnehmenden die Kosten für den Bus tragen. Ein Defizit aufgrund einer zu geringen Beteiligung muss durch Überschüsse bei künftigen Fahrten ausgeglichen werden. Der Verkaufspreis

der Publikationen muss die Druckkosten wieder einspielen.

Politische und öffentliche Resonanz

Abschließend bleibt die Frage zu beantworten, ob die Tätigkeit des Arbeitskreises und gerade die wichtige Aufklärungsarbeit von offizieller Seite – der Stadt Kiel oder der Landesregierung – gewürdigt und gefördert wurde. Eine Förderung dieser Arbeit gab es überhaupt nicht, im Gegenteil. Zu Zeiten der damaligen CDU-Landesregierung wurde der Arbeitskreis im Verfassungsschutzbericht 1983 als „linksextremistische Vereinigung“ aufgeführt, und die Stadtrundfahrten mit dem Bus wurden anfangs sogar von der Polizei observiert. Antifaschistische Arbeit galt damals – und zum Teil ja auch heute noch – als Tätigkeit gegen den Staat. Aus der Sicht der schleswig-holsteinischen CDU mit ihren vielen ehemaligen Nazi-Funktionsträgern als Mitglieder oder Amtsinhaber sicherlich verständlich.

Die SPD-Landesregierungen haben dann ab 1988 die Erforschung des Nationalsozialismus gefördert. Leider hat die SPD-regierte Stadt Kiel da nie richtig mitgezogen. Dem vom Arbeitskreis über die Grünen in die Ratsversammlung eingebrachten Antrag zur Schaffung einer Dokumentations- und Forschungsstätte zum Nationalsozialismus wurde zwar 1985 geschlossen zugestimmt, aber bis heute ist nichts daraus geworden. Ähnlich erbärmlich verhält sich die Stadt auch bei der aktuellen Debatte zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Ziele und Perspektiven

Die Landeshauptstadt Kiel sollte endlich eine Gedenk-, Forschungs- und Bildungsstätte zum Nationalsozialismus in Kiel schaffen. Mit dem Abriss der Trümmer des U-Boot-Bunkers in der Förde ist eine große Chance vertan und ein Signal in die falsche Richtung gesendet worden. Es besteht kein politischer Wille – es liegt ja nie am fehlenden Geld – bei den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern der Stadt, über die NS-Zeit aufzuklären.

Der Arbeitskreis Asche-Prozeß leistet durch seine nunmehr 20-jährige Aufklärungsarbeit über die Geschichte der Nazi-Zeit einen Beitrag gegen das Vergessen der Gräueltaten der NS-Herrschaft und deren derzeit besonders „modern“ gewordene Relativierung und Beschönigung (Geschichtsrevisionismus). Wir wollen aufzeigen, wohin Faschismus führt, wenn er erst an die Macht gekommen ist.

Das Begleitheft *Antifaschistische Stadtführungen. Kiel 1933–1945* (6 DM) sowie der 128-seitige Reader *Kiel im Nationalsozialismus. Materialien und Dokumente* (20 DM) ist in folgenden Buchhandlungen erhältlich: Trau Dich, Holtener Straße 92, Kiel, und Zapata, Jungfernstieg 27, Kiel. Eine 1985 herausgegebene 135-seitige Materialiensammlung *Dokumente. Der Asche Prozeß* ist vergriffen.

Eckhard Colmorgen

Kontakt und nähere Informationen:

Eckhard Colmorgen, Tel. 0431 / 72 89 68
Monika Peters, Tel. 0431 / 9 53 32

Initiative „Blumen für Gudendorf“

Die Initiative besteht seit 1983 als Gruppe ohne besondere Statuten oder Satzungen. Sie ist offen für alle an ihrer Arbeit Interessierten. Ihr Sprecher ist Benno Stahn, Kiel.

Nach einer Sitzung des Zusammenarbeitskreises der Friedensbewegung Schleswig-Holstein über Gedenkstätten kam es 1983 zur Gründung der Initiative durch Benno Stahn, den Journalisten Günther Wilke (Wedel) und Hans Motzner (Kiel), den Vorsitzenden der Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR. Mit hinzu kamen Gerhard Hoch, Karl-Heinz Lorenzen, der Landesvorsitzende der VVN-BdA, die Pastoren Christian Dethleffsen (Pinneberg) und Walther Klie (Kiel) sowie die Lehrerin Irmgard Jasker (Wedel). Von Anfang an bestand ein lockerer Kontakt zur Initiative „Blumen für Stukenbrock“.

Die Initiative trifft sich jedes Jahr am Sonnabend um den 8. Mai an der Gedenkstätte Gudendorf, die in der jetzigen Form 1961 fertiggestellt wurde. Sie erinnert an sowjetische Kriegsgefangene, die hier in den Dünen bestattet sind. Mit der Verlegung des erweiterten Krankenreviers des Stammlagers XA von Heidkaten kamen sowjetische Kriegsgefangene nach Gudendorf, die nicht mehr arbeitsfähig waren. Aufgrund unzureichender Hilfeleistungen und unzumutbarer Lebensbedingungen starben viele. Ihre genaue Zahl ist bislang unbekannt; es wird von 3.000 Toten ausgegangen. Auf dem Gelände der Gedenkstätte befinden sich auch die Gräber von 248 sowjetischen Kriegsgefangenen, die

von anderen Orten in Schleswig-Holstein hierher umgebettet wurden.

Inhalt der Arbeit der Initiative ist, an die in Gudendorf ruhenden sowjetischen Kriegsgefangenen und an alle Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern und damit verbunden sich einzusetzen gegen alle Gewalt und Ideologie, wie sie auch heute ausgehen von rechten Vereinigungen, Neofaschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Thema der Arbeit ist ebenso der Einsatz für den Frieden und gegen Krieg. So werden aktuelle Anlässe wie die Kriege auf dem Balkan auch Thema des Gedenkens, gleichfalls die Frage der Entschädigung der Opfer der Zwangsarbeit. Die Treffen aus Anlass des Jahrestags der Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft werden immer auch mit Friedensmanifestationen verbunden.

Die Mitglieder der Initiative treffen sich in der Regel drei- bis viermal im Jahr in Dithmarschen in einem offenen Arbeitskreis, zu dem neben dem ehemaligen Bürgermeister der Gemeinde Gudendorf, Ferdinand Kollhorst, und seinem Nachfolger, Dieter Lindenblatt, auch der Vorsitzende des Vereins für Dithmarscher Landeskunde (VDL), Dietrich Stein gehört. Die Gemeinde Gudendorf kümmert sich im Auftrag des Landes und der Kreises um die Pflege der Gedenkstätte. Der VDL fördert die Forschungsarbeit und Veröffentlichungen über die Gedenkstätte.

In den letzten Jahren hat sich die Initiative mehr und mehr in Dithmarschen selbst verwurzelt. Die Verbindungen mit der Friedensbewegung, dem VVN-BdA und anderen Gruppen be-

stehen weiterhin.

Eine Besonderheit ist das breite politische und gesellschaftliche Spektrum, das die Initiative hat und fördert. Auf den Gedenkveranstaltungen ist regelmäßig der Kreis Dithmarschen – in der Regel durch den Kreispräsidenten oder den Landrat – mit einem Grußwort vertreten. Die Hauptrednerinnen und -redner sind meist Repräsentanten des öffentlichen Lebens, unter ihnen u. a. der Landtagspräsident und die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. An den Gedenken nehmen weiterhin unterschiedlichste Gruppen teil. Kränze werden niedergelegt auch von Kommunen und Vertretern der russischen Botschaft bzw. des Hamburger russischen Generalkonsulats. Das Gedenken ist immer mit einer Andacht verbunden. Die Initiative verfügt über keine eigenen finanziellen Mittel. Für die Durchführung von Veranstaltungen in Gudendorf setzt sich die Gemeinde ein. Anträge für Projekte werden über den VDL gestellt.

Neben der Planung, Vorbereitung und Durchführung des jährlichen Gedenkens und anderer Veranstaltungen an der Gedenkstätte Gudendorf unterhält die Initiative durch ihre Mitglieder Kontakte zu anderen Gruppen und Verbänden und nach wie vor auch zur Initiative „Blumen für Stukenbrock“. An der Vernetzung der Gedenkstättenarbeit beteiligt sich die Initiative von Anfang an. Über den VDL und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur konnte im Herbst 2000 ein kleiner Forschungsauftrag vergeben werden. Der Historiker Martin Gietzelt (Meldorf) hat als Ergebnis dieser Arbeit eine Skizze zum For-

schungsstand über die Gedenkstätte Gudendorf erstellt. Es ist geplant, diese Arbeit zu vertiefen.

Bereits Ende der 60er Jahre besuchten Mitglieder des VVN aus dem Kreis Steinburg regelmäßig die Gudendorfer Gedenkstätte. Initiator war damals Willi Stamer (Itzehoe). Durch die Arbeit der Initiative „Blumen für Gudendorf“ seit 1983 ist es gelungen, die Gedenkstätte in Dithmarschen und auch landesweit bekannt zu machen. Gudendorf versammelt jährlich um den 8. Mai viele Menschen zum Gedenken und zur Mahnung für Frieden und ein Miteinander über alle Grenzen hinweg. Mit dem Gedenken verbunden ist der Aufruf „Blumen für Gudendorf“, ein jährlich neu und aktuell erstelltes Flugblatt, und natürlich das Niederlegen von Blumen auf den Gräbern der sowjetischen Kriegsgefangenen. Beim Gedenken am 8. Mai 1995 war auch die russisch-orthodoxe Kirche unter Leitung des St. Petersburger Weihbischofs Simon vertreten, der die Totenmesse sang. Für viele Aussiedlerinnen und Aussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR ist die Gedenkstätte Gudendorf zu einem Treffpunkt geworden.

Die Bekanntheit der Gedenkstätte Gudendorf hat dazu geführt, dass im Lauf des Jahres immer wieder Besuchergruppen kommen, darunter auch Bundeswehrsoldaten, außerdem russische und deutsche Veteranen des Zweiten Weltkriegs, die sich hier treffen, Schüler und Konfirmandengruppen.

Dietrich Stein / Günther Wilke

Kontakt:

Benno Stahn, An den Birken 18,
24111 Kiel, Tel. 0431 / 690 167

Verein zum Schutz des jüdischen Friedhofs in Segeberg e.V.

Der Verein besteht seit dem Frühjahr 1989. Gründungsanlass war das Fehlen jeglichen Bewusstseins der Segeberger über Struktur und Bedeutung der ehemaligen jüdischen Gemeinde Segeberg. Hinzu kam der bedauerliche Zustand des jüdischen Friedhofs von 1792 und seiner wenigen verbliebenen Grabmale. Diese wurden 1989 fotografisch und handschriftlich dokumentiert (Material im Segeberger Stadtarchiv vorhanden).

Der „Verein zum Schutz des jüdischen Friedhofs in Segeberg e.V.“ trägt den Namenszusatz „und zum Kennenlernen des Judentums“; er strebt eine Aussöhnung und den Dialog mit dem Judentum an, wozu eine bessere Kenntnis unserer Glaubensgeschwister unabdingbar ist. Seit fast zwei Jahrtausenden herrschende christliche Intoleranz wollen wir überwinden helfen. Zu unserem Dauerprogramm gehören regelmäßige Begegnungen mit jüdischen Zeitzeugen und Shoah-Überlebenden, die Auschwitz und andere Todeslager, Todesmärsche und Mordpraktiken überstanden haben. Fachleute informieren unsere Mitglieder und Interessierte über Grundfragen des Judentums.

Der Verein begann 1989 mit 20 Mitgliedern, hatte Jahr für Jahr Zuwachs und umfasst jetzt knapp 130 Personen. Der Vorstand besteht aus neun Personen; den Vorsitz hat seit 1989 Friedrich Gleiss inne. Unsere Mitglieder zahlen 30 DM Mindestbeitrag jährlich, korporative 100 DM. Dazu kommen Kollekten bei unseren Abenden (jährlich viele hundert Mark) und Spontanspenden sowie auf Antrag ein Zuschuss des Segeberger Kultur-Kontors. Die Gesamt-

einnahmen betragen über 5.000 DM pro Jahr. Der Verein erhält keine öffentliche Förderung.

Fünf- bis sechsmal jährlich laden wir zu öffentlichen Vorträgen mit Zeitzeugen und anderen Referenten ein; insgesamt waren es bereits fast 75 Veranstaltungen. Zu Gast waren u. a. Ignatz Bubis, Ralph Giordano, Charlotte Knobloch, Botschafter Ben Jaacov, Prof. Miriam Gillis-Carlebach (Tel Aviv), Prof. Joseph Walk (Jerusalem), Botschafter a. D. Ari Primos. Jeder Gast gestaltete zwei Unterrichtsstunden in einer Segeberger Schule. Auf Anfrage hat der Vorsitzende Friedrich Gleiss selbst viele Doppelstunden mit Dias über die ehemalige jüdische Gemeinde gestaltet.

Jahr für Jahr bietet der Verein teils mehrtägige Exkursionen an. Ziele waren Auschwitz, Kreisau, Prag, Theresienstadt, Neuengamme, Bullenhuser Damm in Hamburg, jüdisches Museum und Friedhof in Rendsburg usw.

1998 zeigten wir neun Wochen lang im Segeberger Rathaus unsere aus 25 Tafeln bestehende Ausstellung *Jüdisches Segeberg*, die u. a. von 53 Schulklassen besucht wurde. Die Ausstellung wandert inzwischen durch Schleswig-Holstein.

Seit 1991 publiziert der Verein regelmäßig das sechsseitige Blatt *Schalom* für Mitglieder und Freunde in einer Auflage von 200 Exemplaren, 1997 erschien die Broschüre *Jüdisches Segeberg – mehr als ein Stadtführer* (24 S., 44 Illustrationen). Seit 1987 veröffentlichte der Vereinsvorsitzende mehr als 30 Beiträge über jüdisches Leben in

Segeberg, die in Zeitschriften und regionalen Jahrbüchern erschienen (Buchausgabe geplant).

Mehrere vom Verein aufgestellte oder angebrachte Schilder erinnern in der Stadt an jüdisches Leben (Friedhof, Synagoge, Bachmeier-Institut, Sidonie-Werner-Heim, Ludwig-Levy-Straße). Viele Dutzend Stadtführungen und Friedhofsbegehungen wurden durchgeführt. Als nächstes sollen fünf Gedenktafeln aus Messing mit den Namen der 56 ermordeten Segeberger Juden öffentlich aufgestellt werden. Der Verein strebt an, einen Gedächtnisraum für die ehemalige jüdische Gemeinde einzurichten, für den

bereits Exponate vorhanden sind.

Zur weiteren Öffentlichkeitsarbeit des Vereins zählen ein achttägiger Volkshochschulkurs über das Judentum sowie sechs bislang durchgeführte Gruppenreisen nach Israel.

Die örtliche Presse hat vielfach über die Arbeit des Vereins berichtet; in der Öffentlichkeit finden die Aktivitäten wachsende Anerkennung (Auszeichnung durch die Silberne Ehrennadel der Stadt 1998).

Friedrich Gleiss

Kontakt: Friedrich Gleiss, Hamburger Straße 118, 23795 Bad Segeberg, Tel./Fax 04551 / 2621

Versuche, ein unbequemes Denkmal öffentlich zu vermitteln

Die Arbeit des Vereins Mahnmal Kilian e.V. zum Erhalt der Ruine des Kieler U-Bootbunkers – Engagement mit neuem Objekt

Der Verein Mahnmal Kilian ist nicht der Begründer der Idee, die Ruine des Kieler U-Bootbunkers als Denkmal zu manifestieren. Die Kieler Stadtverwaltung, das Landesamt für Denkmalpflege und das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht hatten die Angelegenheit bis 1991 eigentlich längst geregelt. Wir haben sozusagen den Stab in diesem Staffellauf übernommen in einer Phase, als 1994 offenkundig wurde, dass die Kieler Hafенbetriebe nicht ablassen wollten von ihrem Plan, den Ostuferrhafen auf Kosten des Denkmals zu erweitern. Es wurde klar, dass dieses unbequeme Denkmal zunächst dringend einer praktischen öffentlichen Vermittlung bedurfte. Die starre Beharrlichkeit der Kieler Hafенbetriebe führte schon seit 1984 zu vielfältigem öffentlichen Engagement für das Denkmal. Künstler

wie Harald Duwe oder Valentin Rothmaler und Ulrich Vester beschäftigten sich 1984/85 damit.

Das Stadtplanungsamt entwickelte 1989 Alternativen zum Hafenausbau, die den Erhalt des Denkmals vorsahen. Im Rahmen eines 1994/95 von der Landesregierung durchgeführten „Kunstudiolaboratoriums“ für den benachbarten neuen Fachhochschul-Campus beschäftigten sich namhafte Künstlerinnen und Künstler gezielt mit dieser und anderen Bunkerruinen im näheren Umfeld; besonders Raffael Rheinsberg, Renate Anger, Insa Winkler, Joachim Thode, Ioerg B., Uwe Appold und Manfred Ortner entwickelten damals spannende Konzepte, die von weiteren Denkmälern über Reflektions- und Begehungsmöglichkeiten der Ruine bis hin zu aufwändigen Architekturmodellen reichten.

Bei der Präsentation dieser Konzepte genehmigte die damalige Kultusministerin Marianne Tidick als Zusatz eine Ausstellung mit Großfotos der Bunker-ruine, die sie im Juni 1995 auch im Kultusministerium zeigte und gemeinsam mit dem damaligen Chef der Denkmalpflege, Johannes Habich, selbst eröffnete. Parallel gaben wir eine achteilige Postkartenserie heraus, die seitdem im Kieler Handel erhältlich ist. Noch im selben Jahr sorgten wir dafür, dass der Russe Yuri Kaléndarev sein „Project for Kilian“ veröffentlichen konnte: eine Idee, nach welcher nächtliche Laserstrahlen die einstigen Bunkerdimensionen nachzeichnen sollen, während aus einer Maschine unter Wasser blaues Licht und Luftblasen vor der Ruine aufsteigen.

Im Oktober 1995 wurde der Verein Mahnmal Kilian gegründet, dem spontan zahlreiche Bürger beitraten. Er zählt heute rund 350 Mitglieder, darunter eine beachtliche Reihe von Professoren, Künstlern und teils hochrangigen Politikern aus Stadt und Land. Die Fotoausstellung schickten wir als Denkmalswerbung auf Tour: vom Justizministerium über das Kieler Opernhaus und das Rathaus bis hin zu Schulen und Kneipen, zumeist mit prominenten Eröffnungsrednern.

Hierauf folgte eine weitere Welle jener aggressiven öffentlichen Diskussionen, die durch entsprechende Presselancierung der Hafendirektion geschürt wurde. Es gab sogar eine Morddrohung, weil wir mit dem Denkmalschutz angeblich die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern würden. Ostern 1996 organisierte der Verein auf der Ruine eine Andacht mit dem Kieler Pastor Reinhard Wolters. Weil das Denkmal

von weiteren Personen nicht betreten werden durfte, befand sich das Auditorium dazu auf einem gecharterten Fördedampfer: über 200 Menschen.

Der Hafen blieb hart, der Streit ging weiter. Wir entwickelten mit dem Kieler Architekten Peter Klingemann nach Rücksprache mit der potenziellen Hauptinvestorenfirma Cellpapp eine alternative Hafenerweiterung, die allen Anforderungen eines modernen Hafens gerecht wird. Würde man nur auf drei von 11,5 geplante Hektar Fläche verzichten, könnte das Denkmal erhalten bleiben. Darauf rief der damalige Wirtschaftsminister Peer Steinbrück alle Beteiligten an einen Tisch; es gab keine Einigung.

1997 gewannen wir die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek im Kieler Schloss als Partner für ein groß angelegtes Ausstellungsprojekt mit umfangreicher Buchpublikation und Vortragsreihe: „Stolperstein der Geschichte – Die Ruine des Kieler U-Bootbunkers als Mahnmal und Herausforderung. Kunst, Geschichte, Meinungsstreit“. 40 Autoren und Dutzende von freiwilligen Helfern schufen eine wissenschaftliche und didaktische Arbeit von internationalem Rang: Um ein zehn Meter langes Bunkermodell herum ging es um die Geschichte und die Zerstörung der einstigen „Reichskriegshafenstadt“ Kiel, ihre Friedhöfe und Kriegsdenkmale. Im anderen Saal wurden Arbeiten regionaler und internationaler Künstler gezeigt: zum Thema Krieg allgemein (z. B. Callot, Goya, Dix, Vostell, Spero, Rheinsberg, Holzer, Passow), zum allgemeinen künstlerischen Umgang mit Bunkern (z. B. Virilio, Bandau, Gruber, Jetelova) und schließlich zum Kieler U-Bootbunker.

Kurz vor Beginn dieser Ausstellung beschloss das Kabinett der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung die Abrissmöglichkeit der Bunkerruine, wenn bestimmte Auflagen erfüllt würden. Wegen dieser nun konkreten Möglichkeit der Vernichtung des Denkmals erreichten wir bei den Kieler Behörden, dass wir bis zum Zeitpunkt eines möglichen Abrisses nun offiziell mit dem Denkmal arbeiten konnten. Am 25. Oktober 1998, dem 52. Jahrestag der Sprengung des U-Bootbunkers durch die Alliierten, weihten wir auf dem Kieler Westufer mit Blickachse zur Bunkerruine ein Fernrohr nebst Aussichtsplattform und Informationstafeln ein. Zugleich wurde das Denkmal nachts beleuchtet.

Der wichtigste Erfolg war aber die Möglichkeit, den Ort seit Oktober 1998 mit Besuchergruppen aufzusuchen, das direkte Erleben dieses ungeheuren Trümmerhaufens, verbunden mit den Berichten über das darin befindliche Seegrab, die Zwangsarbeit, die historischen Zusammenhänge, die dieses Denkmal möglich und nötig gemacht haben. Drei ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die den Bunker mitbauen mussten, sind Mitglieder im Verein. Bis zum Sommer 2000 haben über 8.000 Interessierte das Gelände in Führungen oder mit organisierten Schiffsfahrten besucht, darunter viele Zeitzeugen, Schulklassen, Soldaten, Ausländer – vor allem aus Dänemark. Zweimal haben Kieler Schauspieler unter großem Andrang Lesungen auf dem Ruinengelände veranstaltet; Künstler arbeiteten vor Ort.

Im November 1999 erhielt der Verein Mahnmahl Kilian für seine Öffentlichkeitsarbeit den Deutschen Preis für

Denkmalschutz. Zugleich arbeiteten wir mit juristischen Mitteln weiter gegen den Hafenausbau an dieser Stelle und entwickelten neue Konzepte. Dazu gehörten Gespräche mit Politikern und Behörden, vor allem aber die Planung eines Museums im noch stehenden Teil des einstigen Kieler U-Bootbunkers. Vorentwürfe hatte der Kieler Architekt Diethelm Hoffmann mit uns entwickelt. Es sollte zugleich Veranstaltungsort und internationale Begegnungsstätte sein.

Am Ende siegte dennoch die gesellschaftliche und politische Unvernunft, der Unwille zum ehrlichen und deutlichen Umgang mit der Geschichte: Das Denkmal „Ruine Kieler U-Bootbunker“ wurde abgerissen – teilweise mit rechtswidrigen Methoden. Die Betonmassen über dem Kriegsgrab mit fünf Toten wurden am 23. November 2000 gesprengt. Der gesamte Abriss dauerte von September 2000 bis April 2001.

Ein Hochbunker in Kiel als neues Objekt für historische Vermittlungsarbeit

Die Geschichte darf nicht untergraben werden! Nachdem der Abriss der Ruine des Kieler U-Bootbunkers fast vollzogen war, ersteigerte der Vorstand des Verein Mahnmahl Kilian im Februar 2001 einen Hochbunker in Kiel, dessen Übernahme der Verein inzwischen zugestimmt hat. Das Objekt wurde in einer Zwangsversteigerung aus Privatbesitz für 56.000 DM erworben. Es handelt sich um den so genannten „Flandernbunker“, einen Marinebunker direkt an der Kieler Förde. Der Bunker wurde um 1940 gebaut und war überwiegend Wehrmachtsangehörigen vorbehalten. Nach dem 2. Weltkrieg wurde

das Gebäude durch Wandaufbrüche entfestigt und liegt so seitdem auf einer Verkehrsinsel unmittelbar am heutigen Eingang zum Marinehafen.

Derzeit erarbeitet der Verein ein Nutzungskonzept für das Gebäude, das künftig eine Gedenkstätte zur Zeit des Nationalsozialismus sein soll als „Ein Zeichen in dieser Stadt gegen Krieg, Faschismus und Gewalt“. Der Bunker soll ein Ort der Aufklärung werden. Er soll beitragen zu Völkerverständigung und Friedensförderung. Es soll ein Spannungsbogen geschaffen werden zwischen persönlichem Erleben und der Weltgeschichte.

Nach außen hin soll das ruinöse Bauwerk nicht verändert werden. Die drei Etagen des Bunkers sollen zugänglich sein für Führungen. Vereinzelt werden stichpunktartig wetterfeste Bilder zur Geschichte an den rohen Wänden auftauchen. Ein größerer Innenraum soll wetterunabhängig und beheizbar eingerichtet werden als Ort für Schulungen, Seminare, Veranstaltungen, Büro. Nachts soll das Gebäude angestrahlt werden,

um klarzustellen, dass es nicht mehr zufällig dort steht. Für die künftige Betreuung plant der Verein die Zusammenarbeit mit der Stadt Kiel, dem Stadt- und Schiffahrtsmuseum, Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen bzw. Gedenkstätten – vor allem Schulen, Bildungs- und Jugendeinrichtungen.

Jens Rönnau

Kontakt: Verein Mahnmal Kilian e.V.,
J. Rönnau, Gellertstraße 29,
24114 Kiel, Tel./Fax 0431 / 93609,
E-Mail: kilian@walk-of-frame.de
Website: www.mahnmal kilian.de

(Überarbeitete Fassung eines Vortrags vom 24. September 1999 als 2. Teil eines Doppelvortrags von Gert Kaster und Jens Rönnau, Kiel, beim internationalen Bunkersymposium Emden.)

Literatur: J. Rönnau, Stolperstein der Geschichte – die Ruine des Kieler U-Bootbunkers als Mahnmal und Herausforderung. Kunst – Geschichte – Meinungsstreit. Selbstverlag, Kiel 1997. 264 S., 39,80 DM, ISBN 3-930563-14-2

Arbeitskreis 27. Januar

Der Arbeitskreis besteht seit dem 27. Januar 1996; Gründungsanlass war die Ausrufung des 27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog.

Der Arbeitskreis – ein lockerer Verbund von zehn bis 15 Personen aus verschiedensten Berufen, die im Schnitt über 50 Jahre alt sind – will sich bemühen, die Erinnerung an das Zustandekommen und die Praxis der national-

sozialistischen Terrorherrschaft wachzuhalten. Seine Arbeit steht unter dem Motto *Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – Für eine Kultur des Gedenkens im Kreis Ostholstein.*

Der Arbeitskreis hat keine festen Einnahmen und bekommt nur von Fall zu Fall Spenden bzw. Zuschüsse. Seit 1996 führt er jährlich um den 27. Januar – zumeist in der Kreisbibliothek Eutin – mehrteilige Veranstaltungen durch; hierzu

zählen Begegnungen mit ehemaligen Häftlingen aus dem KZ Neuengamme (1997), Vorträge, Dokumentarfilme, Autorenlesungen etc. 1998 wurde an die „Euthanasie“ erinnert, 1999 lautete das Thema *menschenmöglich. Von Tätern, Mitläufern und Zuschauern im Dritten Reich*, und 2000 wurde in Vortrag, Film, Erinnerungsbericht und Musik die Verfolgung der schleswig-holsteinischen Sinti und Roma thematisiert. Im Jahr 2001 wurden unter dem Titel *Zeichne, was Du siehst* Kinderzeichnungen aus Theresienstadt gezeigt, die von Helga Weissová – einer Überlebenden aus Prag – kommentiert wurden. Geplante Themen: *Stille Helfer und Kirche der Region im „Dritten Reich“*.

Die Veranstaltungen werden von 50 bis 150 Personen besucht; ca. 800 Schü-

lerinnen und Schüler schauten sich die Kinderzeichnungen an. In diesem Jahr war die Zahl jüngerer Teilnehmerinnen und Teilnehmer größer als sonst.

Außer am 27. Januar will der Arbeitskreis zunehmend auch in geeigneter Form an den 9. November erinnern. Hierzu ist in Zusammenhang mit dem Thema *Kirche der Region im „Dritten Reich“* für den November 2002 ein gemeinsames Konzert der Kantorei Eutin mit dem Europäischen Zentrum für jüdische Musik (Hannover) in Planung; es soll in der Eutiner Kirche stattfinden.

Arbeitskreis 27. Januar

Kontakt:

Arbeitskreis 27. Januar, Karin Napp,
Sandfeldstraße 48, 23701 Eutin,
Tel. 04521 / 2840

Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V.

Die Gründung des Vereins erfolgte im Juli 1999; Vorgängerin war seit 1996 die „Arbeitsgruppe KZ-Kaltenkirchen“. Die Überreste des früheren Außenkommandos des Konzentrationslagers Neuengamme sollen auf Dauer gesichert und zu einer Gedenkstätte ausgestaltet werden. Da die Gemeinden des zuständigen Amtes Kaltenkirchen-Land es ablehnten, die Trägerschaft zu übernehmen, wurde nach Vorbereitung durch die Stadt Kaltenkirchen ein zivilrechtlicher Verein gegründet.

Hier soll das Gedächtnis an die Leiden der Häftlinge wachgehalten werden. Das damalige Lager soll als konsequentes Resultat der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, der damaligen „Mitte der Gesellschaft“, begriffen

werden. An diesem Lernort soll besonders die jüngere Generation ermutigt werden zum Eintreten für Menschlichkeit und Demokratie.

Mitglieder des Vereins sind der Kreis Segeberg, die Städte Kaltenkirchen, Bad Bramstedt und Barmstedt, beschränkt auf finanzielle Förderung die Stadt Quickborn, und die Großgemeinde Henstedt-Ulzburg, zahlreiche Schulen, mehrere Kirchengemeinden und Firmen, die SPD-Kreistagsfraktion Segeberg, die Volkshochschule Kaltenkirchen und ca. 70 Einzelpersonen. Die Finanzierung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge (pro Jahr Einzelperson 12 DM, juristische Person 50 DM) und durch Spenden.

Die Ausgestaltung und Pflege der

Anlage an der Bundesstraße 4 wird fortgeführt, wobei wie bisher Schulklassen tätig sein werden. Dazu wird der regelmäßige Kontakt zu den Verbindungslehrern der betreffenden etwa 20 „Paten-Schulen“ gepflegt. In weiterem Umkreis werden Vorträge und Unterrichtsveranstaltungen – ebenfalls solche zur Lehrerfortbildung – durchgeführt. Ausstellungen werden vorbereitet und auf „Wanderschaft“ geschickt. Zu Überlebenden bzw. deren Angehörigen wird der Kontakt gepflegt.

Die Presse berichtet interessiert und ausführlich. Die Bereitschaft der Öffentlichkeit, diesen Teil ihrer Geschich-

te anzunehmen, ist stark gestiegen, und damit auch die Bereitschaft, den Verein mit kostenlosen Materiallieferungen und Dienstleistungen zu unterstützen.

Am ehemaligen Lagergelände wurde ein Büro-Container aufgestellt als Ort für intensive Gespräche und Informationen vor allem mit Schülern. Im Jahr 2001 erfolgt eine künstlerische Gestaltung zur emotionalen Unterstützung der Gedenkstätte als Lernort.

Gerhard Hoch

Kontakt: Gerhard Hoch,
Buchenstraße 2, 25486 Alveslohe,
Tel./Fax 04193 / 2925

Die Forschungsgruppe „Lila Winkel“

Die Arbeit in der Forschungsgruppe „Lila Winkel“ wird ehrenamtlich von 14 Mitarbeitern unterschiedlichen Alters aus den Gemeinden der Zeugen Jehovas in Kiel, Elmshorn und Hamburg durchgeführt. Fachliche Beratung erhielten wir von Dr. Elke Imberger (Oberarchivarin im Landesarchiv Schleswig-Holstein), Prof. Dr. Gerhard Paul (Universität Flensburg), Dr. Detlef Garbe (Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Eckhard Colmorgen (AKENS) und dem Geschichtsarchiv der Zeugen Jehovas in Selters.

Die Arbeit besteht aus Recherchen im Landesarchiv in Schleswig sowie im Hamburgischen Staatsarchiv. Die gewonnenen Daten werden in einer für diesen Zweck entwickelten Datenbank gespeichert. Zudem wurden mehr als 50 Interviews mit Zeitzeugen oder deren Angehörigen durchgeführt und auf Digitalbändern aufgezeichnet. Die Arbeit

wird jeweils von einer Gruppe in Schleswig-Holstein und einer in Hamburg durchgeführt. Die Koordinatoren der beiden Gruppen stehen in engem Kontakt und tauschen sich über den Fortgang der Arbeiten aus. Bisher wurden die Kosten ausschließlich durch private Spenden gedeckt.

In der Vorbereitungsphase zu einer Veranstaltung in Kiel im Februar 1997 wirkten zum ersten Mal die Personen zusammen, die später den Kern der Forschungsgruppe „Lila Winkel“ ausmachen würden. Neben einer Videodokumentation wurden einige Tafeln zur Verfolgung von Zeugen Jehovas (vor 1931 als Bibelforscher bekannt) vorgestellt. Den entscheidenden Anstoß für die Gründung dieser Gruppe war eine Tagung im Oktober 1997 im Museum für Hamburgische Geschichte. Besonders beeindruckend waren die Ausführungen der kürzlich verstorbenen Dr. Sybil

Milton, der ehemaligen Leiterin des Washingtoner Holocaust Memorial Museums. Sie wies darauf hin, dass bis dahin nur ein Bruchteil der Dokumente über die Verfolgung der Zeugen Jehovas systematisch gesammelt worden war. Diese Dokumente drohten unwiederbringlich verloren zu gehen.

Schon wenige Wochen später entstand die Forschungsgruppe „Lila Winkel“. Wir halten diesen Namen für passend, da der violette Winkel das Stigma war, das Zeugen Jehovas („Bibelforscher“) auf ihrer Häftlingskleidung in den Konzentrationslagern tragen mussten. Ziel ist die Sicherung, Auswertung und Präsentation von Dokumenten über die Verfolgung der Zeugen Jehovas in Schleswig-Holstein und Hamburg unter dem NS-Regime.

Für die Präsentation der Ergebnisse wurde ein Ausstellungskonzept entwickelt. Jede der 30 Tafeln dieser Ausstellung zeigt ein individuelles Verfolgungsschicksal. Ergänzend enthalten die Tafeln Informationen und Dokumente über das Verfolgungssystem der Nazis und über die Untergrundtätigkeit der Zeugen Jehovas als Gegenreaktion. Inzwischen war die Ausstellung in Kiel, Hamburg-Altona, Heide, Ahrensburg, Flensburg, Bad Oldesloe, Elmshorn und Neuengamme zu sehen. Häufig werden die Tafeln gemeinsam mit der Ausstellung des Geschichtsarchivs in Selters gezeigt.

Üblicherweise werden die Ausstellungen durch Zeitzeugeninterviews und Dokumentarfilme zum Thema ergänzt. In Ahrensburg, Bad Oldesloe und Lübeck wurden Workshops für Lehrer durchgeführt, in Elmshorn wurde die Ausstellung durch einen VHS-Kurs begleitet. Auch Arbeiten von Schülern zu diesem Thema werden auf Anfrage unterstützt. Die örtliche Presse wird zu den Veranstaltungen eingeladen, und zumeist erscheinen Berichte darüber.

Die Resonanz auf die Arbeit unserer Gruppe ist im Allgemeinen positiv. Insbesondere Historiker und Personen mit genügendem Hintergrundwissen zu diesem Thema sind unserer Arbeit gegenüber offen eingestellt und unterstützen uns sogar. Hin und wieder begegnen wir übertriebener Zurückhaltung. Anscheinend trauen einige uns nicht zu, dass wir auch ohne Missionierung über einen geschichtlichen Zusammenhang reden können.

Neben der Durchführung weiterer Ausstellungen werden wir nun hauptsächlich die Recherchen in den Archiven zum Abschluss bringen und dann die Ergebnisse der einzelnen Gruppen abgleichen.

Martin Seydell

Kontakt: Martin Seydell,
Sternberger Straße 5 a, 24146 Kiel,
Tel. 0431/785 8288, Fax 785 8289,
E-Mail: seydell@vereine.comcity.de

Gruppe 33 – Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte in Ahrensböök

Am Anfang stand eine Konfirmandenstunde im Frühjahr 1996. Michael Schwer, damals Pastor der evangelisch-

lutherischen Kirchengemeinde Ahrensböök, sprach mit den Jugendlichen darüber, dass Jesus jüdisch war. Da keifte

eine Konfirmandin: „Was machen die Scheißjuden in einer deutschen Bibel?“ Als Schwer nachhakte, wie sie auf diese Frage komme, antwortete das Mädchen, dass sie doch alle so denken würden. Und die anderen nickten.

Dies nahm Schwer zum Anlass, mehr über die Geschichte des Ortes am Rande der holsteinischen Schweiz in Erfahrung zu bringen. Dabei lernte er, dass es gleich am Anfang der NS-Diktatur, 1933, in Ahrensböök in einem bis heute erhaltenen Gebäude einer ehemaligen Flachsröste ein frühes KZ gegeben hatte und dass kurz vor dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft etwa 500 überlebende Häftlinge aus dem Lager Auschwitz-Fürstengrube und aus dem KZ Dora-Mittelbau auf einem Todesmarsch durch den Ort getrieben worden waren.

Größe der Gruppe

Ein Kreis Gleichgesinnter schloss sich zusammen. Im Juni 1998 konstituierten zehn Gründungsmitglieder die Gruppe 33, die mit derzeit 18 Frauen und Männern klein blieb, doch umso aktiver ist. Früh war es das erklärte Ziel des Vereins, das ehemalige KZ-Gebäude – an der Bundesstraße 432 zwischen Ahrensböök und Pönitz gelegen – zu erwerben und hier eine Gedenk-, Bildungs- und Begegnungsstätte einzurichten. Ende 2000 war es so weit: Mit Mitteln des Landes, des Kreises Ostholstein und der Gemeinde Ahrensböök kaufte ein Trägerverein, der im Mai 2000 aus den Reihen der Gruppe 33 entstand, das Gebäude.

Inhalt der Arbeit

Die Gruppe 33 hat es sich einerseits zur

Aufgabe gemacht, die Erinnerung an vergangenes Unrecht in Ahrensböök und seinen Nachbargemeinden lebendig zu halten. Andererseits will sie dazu beitragen, das Geschichtsbewusstsein insbesondere junger Menschen, ihre Zivilcourage und ihren Respekt vor der Würde des Menschen zu stärken. Sie will mit ihrer Arbeit der wieder erwachenden Gleichgültigkeit, Feigheit und Menschenverachtung entgegenwirken, gegen Feindbilder, Rassismus, Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und andere Formen des politischen Extremismus eintreten.

Finanzierung

Die Gruppe 33 finanziert ihre Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der öffentlichen Hand, gelegentlich aus Eintrittsgeldern bei ihren Veranstaltungen.

Aktivitäten

Seit 1999 veranstaltet die Gruppe 33 unter Leitung ihrer Vorsitzenden Barbara Braß und in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste auf dem Gelände des ehemaligen KZ internationale Sommerlager mit Jugendlichen aus vielen Teilen Europas. Im ersten Sommerlager, dem so genannten Wegzeichen-Projekt, leitete der Berliner Plastiker Wolf Leo die jungen Menschen an, Stelen aus Lehm und Beton zu formen. Sie wurden an den Orten in Ostholstein aufgestellt, durch die der letzte Abschnitt des Todesmarsches führte.

Seit Sommer 2000 wird das Gebäude renoviert. Zu den Schwerpunkten der stets zweiwöchigen Sommerlager gehören nicht nur handwerkliche Arbei-

ten, sondern auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte.

Es ist der Gruppe 33 gelungen, Opfer und Angehörige der Tätergesellschaft zusammenzubringen. Vier Überlebende des KZ Auschwitz-Fürstengrube kamen während der letzten Jahre zu Besuch nach Ahrensböök: Im Sommer 1998 und im Mai 2001 Sam Pivnik aus London, im Frühjahr 2000 Samuel Bernhard Traube mit seiner Frau Judith aus Israel, im Januar 2001 Benjamin Jacobs aus den USA, im Mai 2001 Albert van Hoey aus Belgien.

Die Filmemacherin Martina Fluck, Heide, drehte im Auftrag der Gruppe 33 Zeitzeugen-Videos mit den vier Überlebenden des Todesmarsches während ihrer Besuche in Ahrensböök. Diese Filme werden in der Gedenkstätte aufbewahrt und Interessierten gezeigt.

Aspekte der nationalsozialistischen Zeit gefühls- und erkenntnismäßig zu vermitteln, ist eine der selbst gestellten Aufgaben der Gruppe 33. Von November 1998 bis März 1999 wurde eine Vortragsreihe „Niemand war dabei und keiner hat's gewusst" zusammen mit dem Bremer Professor Jörg Wollenberg, einem gebürtigen Ahrensbööcker, veranstaltet. Während eines Symposiums wurden „Wege der Gedenkarbeit" mit Professoren mehrerer Hochschulen, Gedenkstättenpraktikern aus fünf Bundesländern, Land- und Kreistagspolitikern sowie zahlreichen Vertretern gesellschaftlicher Gruppen veranstaltet. Weitere Fachtagungen folgten.

Vielfältig auch waren die Aktivitäten der Gruppe 33 im Jahr 2000: Vorträge über die Geldfälscherwerkstatt im KZ Sachsenhausen und über Zwangsarbeit

in Ahrensböök, Konzerte während des Sommerlagers und am 9. November für ein „gewaltfreies, vielfältiges Leben". Im September reiste eine Delegation der Gruppe 33 nach Auschwitz, um dort vor den verfallenden Mauern des ehemaligen Lagers Fürstengrube eine Stele – eine Arbeit aus dem Sommerlager 1999 – zu errichten.

Das Jahr 2001 begann mit einer erfreulichen Überraschung. Am 27. Januar, am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, strömten Schüler und Schülerinnen sowie Schulleitung und Lehrkräfte der Ahrensbööcker Realschule – an einem schulfreien Sonnabend – zur künftigen Gedenkstätte und ließen sich von Mitgliedern der Gruppe 33 über die Geschichte des Gebäudes und des Todesmarschs durch Ahrensböök informieren. Ebenso kam eine Klasse der Eutiner Realschule.

Ab Spätsommer 2000 erarbeiteten Mitglieder der Gruppe 33 eine Ausstellung über den Todesmarsch von Auschwitz nach Holstein 1945. Sie konnte zeitgleich mit der offiziellen Eröffnung der Gedenkstätte am 8. Mai 2001 erstmals gezeigt werden und wird später durch die vom Todesmarsch betroffenen Gemeinden wandern. Es gelang, eine Klasse der Hauptschule zur Mitarbeit zu gewinnen; die Schüler und Schülerinnen zeichneten auf einer selbst hergestellten Landkarte den Verlauf des Todesmarschs von Auschwitz nach Lübeck auf. Eine Jungenklasse der Realschule stellte die Wegstrecke von Lübeck nach Ahrensböök und nach Neustadt plastisch dar.

Publikationen/Öffentlichkeitsarbeit

Noch bevor sich die Gruppe 33 gegrün-

det hatte, lud der Kreis um Pastor Schwer den renommierten Regionalhistoriker Gerhard Hoch zu einem Vortrag über den „Todesmarsch von Auschwitz nach Holstein“ in das Bürgerhaus ein. Sein gleichnamiges Buch, das vergriffen war, wurde mit Hilfe der Gruppe 33 neu herausgegeben (Verlag Dölling & Galitz, Hamburg). Im Dezember 1998 erschien ein von der Journalistin Monika M. Metzner überarbeiteter wissenschaftlicher Text des kanadischen Historikers Lawrence D. Stokes über das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34, zu dem das frühe KZ Ahrensböck gehörte (zzt. vergriffen). Es wurden außerdem Faltblätter über die Arbeit der Gruppe 33, über ihre Projekte und eine Ausstellung von Plakaten, die die 13 Stelen des Wegzeichen-Projekts und einen Beleitext zeigen, zusammengestellt.

Resonanz

Die vielfältige Arbeit der Gruppe 33 hat in Ahrensböck keine Beitrittschwelle ausgelöst. Zwar wurde die Arbeit des Vereins von Anfang an von Vertretern und Vertreterinnen der politischen Gemeinde offen unterstützt. Auch waren Veranstaltungen meist gut besucht. Das Misstrauen, das der Gruppe anfangs unverhüllt entgegengebracht wurde, ist wohlwollendem Desinteresse gewichen.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen am Ort ist hingegen positiv. Lehr-

kräfte, Schüler und Schülerinnen sind bereit zur Mitarbeit, wenn sie eingeladen werden. Gäste der Gruppe – wie Überlebende aus Auschwitz-Fürstengrube – sind in den Schulen stets willkommen.

Projekte und Pläne

Die Gruppe 33 plant, unter Leitung ihrer Vorsitzenden Braß auch künftig jährliche Jugendlager auf dem Gelände der Gedenkstätte durchzuführen. War es im Sommer 2000 bereits gelungen, jungen Asylbewerbern die Teilnahme zu ermöglichen, soll dies in kommenden Jahren verstärkt angestrebt werden. Barbara Braß wird außerdem erstmals 2001 eine deutsch-polnische Jugendbegegnung der Gemeinde Ahrensböck mit Unterstützung des Ahrensböcker Bürgermeisters Eckehard Schäfer auf dem Gelände der Gedenkstätte organisieren. Gemäß ihrer Satzung plant die Gruppe 33 Aktionen auf regionaler Ebene zu Gedenktagen, weitere Besuche und Gespräche mit Zeitzeugen sowie Vorträge sachkundiger Referenten. Sie wird sich insbesondere an junge Menschen wenden, um das demokratische Gedankengut zu bewahren und demokratische Gesinnung zu fördern. **Gruppe 33**

Kontakt: Gruppe 33, Barbara Braß,
Reinfelder Straße 3, 23619 Rehhorst,
Tel./Fax 04533 / 1006

Die Forschungsgruppe Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein (FGZSH)

Auf Initiative von Uwe Fentsahm (Brügge) und Rolf Schwarz (Rendsburg) kamen am 29. Januar 2000 Forschende zum Thema Zwangsarbeit aus

den verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins in Wattenbek zusammen. Die Forschungsgruppe Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein (FGZSH), die sich

daraus entwickelte, versteht sich nicht als neuer Verein mit einer festen Mitgliedschaft. Die Gruppe ist offen für alle am Thema Interessierten und Forschenden, auch für diejenigen, die momentan noch nicht aktiver einsteigen können. Alle Mitglieder betreiben diese Tätigkeit nicht hauptberuflich. Die Treffen erfolgen je nach Bedarf in unregelmäßigen Abständen und dienen vor allem dem gezielten Austausch von Informationen und der längerfristigen Vernetzung der Forschenden.

Das erste Treffen diene zunächst einmal dem gegenseitigen Kennenlernen, orientierte sich aber insbesondere an dem Thema „Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein – Perspektiven für die weitere Erforschung“. Die weitere Planung sieht vor, die bisherigen Forschungsergebnisse für einzelne Städte, Landschaften und Orte in Schleswig-Holstein zusammenzutragen und vergleichend auszuwerten. Dazu haben wir die Internetseite www.zwangsarbeiter-schleswig-holstein.de eingerichtet. Hier wird der Versuch unternommen, nach Kreisen geordnet alle Orte des Landes aufzulisten, für die es eindeutige Hinweise z. B. auf das Vorhandensein von Kriegsgefangenenarbeitskommandos, Kriegsgefangenen- oder Zwangsarbeiterlagern gibt. Für die einzelnen Städte und Gemeinden, die in dieser Hinsicht bisher längst nicht alle bearbeitet sind, erhoffen wir uns eine möglichst detaillierte Beschreibung der dortigen Zwangsarbeit, um darauf aufbauend für Schleswig-Holstein ortsübergreifende Erkenntnisse zu erhalten und allgemein gültige Aussagen treffen zu können.

Unser Appell richtet sich deshalb an alle Interessierten, vor Ort zu forschen,

die Ergebnisse möglichst in einer computergeschriebenen Datei zusammenzufassen und uns (z. B. per E-Mail) zukommen zu lassen. Wir werden dann dafür sorgen, dass die örtlichen Erkenntnisse zur Zwangsarbeit auf unserer Website erscheinen. Selbstverständlich sind wir auch bereit, solche Initiativen zu unterstützen und zu begleiten, indem wir Auskünfte erteilen und Hinweise geben.

Derartige lokale Forschungsprojekte sind insbesondere für Schulen geeignet. Die Schülerinnen und Schüler werden zusätzlich dadurch motiviert, dass ihre Ergebnisse im Internet wiederzufinden sind.

Weitere Fragestellungen und Forschungsthemen sind uns wichtig und teilweise schon in der Bearbeitung:

- Was lässt sich über die Situation von Zwangsarbeitenden in der Landwirtschaft aussagen?
- In welchem Umfang und zu welchen Bedingungen haben Zwangsarbeitende Urlaub erhalten?
- Mit welchen Strafen sind sie bei Fehlverhalten belegt worden?
- Wie groß war der Anteil von Kindern unter 14 Jahren?
- In welcher Situation befanden sie sich?
- Wie sind die deutschen Behörden mit dem Problem der Schwangerschaft von Zwangsarbeiterinnen umgegangen?

Auf der Website werden diese Themen zukünftig als Werkstattberichte mit Zwischenergebnissen abrufbar sein. Im Moment finden sich dort Hinweise auf neue Quellengruppen, die für die Erforschung der Geschichte der Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein von Bedeutung sein können. Als Beispiele seien genannt:

- Fleckfiebererkrankungen bei Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern
- Überwachungsprobleme von Zwangsarbeitern
- Schankkonzessionen geben Aufschluss über Zwangsarbeiterlager
- die Dokumente des Museums der Kriegsgefangenen in Opole
- Hinweise auf NS-Zwangsarbeit in Nachkriegsquellen

Erste kleinere Artikel beschreiben einzelne Aspekte der Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein:

- die Rückführung erkrankter Zwangsarbeiter
- der Streit um den Einsatz von Kriegsgefangenen 1942
- die hektische Suche nach Bauplätzen außerhalb Kiels 1941/42
- Zwangsarbeiter in Diakonie und Kirche

Der Hinweis (Link) auf die von Claus Olsen (Flensburg) angelegte Website zum Thema „Die Hinrichtung von polnischen Kriegsgefangenen“ ist ein Beispiel für die angestrebte Vernetzung der vorhandenen Informationen. Zukünftig sollen weitere Links zum Thema eingefügt werden.

Außerdem finden sich unter der Rubrik „Sonstige Themen“ die „Ersten kri-

tischen Anmerkungen zum IZRG-Gutachten“. Dieses Gutachten und die damit verbundene Problematik erscheinen durchaus geeignet, um auf unserer Website diskutiert zu werden. Wir freuen uns dazu über jede Stellungnahme. Unsererseits besteht weiterhin das Angebot, eigene Projekte vorzustellen oder zu aktuellen lokalen Auseinandersetzungen Stellung zu beziehen, wie z. B. in dem Beitrag „Der ‚Evakuierungsmarsch‘ nach Kiel im April 1945 – Verweigert die Gemeinde Mühbrook eine Gedenktafel?“

Derzeit, d. h. im Frühjahr 2001, arbeiten in der FGZSH mit: Karsten Dölger (Plön), Uwe Fentsahm (Brügge), Norbert Fick (Ahrensböök), Harald Jenner (Hamburg), Björn Marnau (Kiel), Peter Meyer-Strüvy (Bremen), Christian Rathmer (Lübeck), Rolf Schwarz (Rendsburg), Janine Ullrich (Halstenbek).

Uwe Fentsahm

Kontakt: Uwe Fentsahm, Mühlenberg 21, 24582 Brügge, Tel. 04322 / 5217, E-Mail: uwe.fentsahm@t-online.de
Rolf Schwarz, Sommerkamp 2, 24768 Rendsburg, Tel. 04331 / 25971, E-Mail: roschw@gmx.de

Der Trägerverein Gedenkstätte Ahrensböök e.V.

Dauer des Bestehens

Der Trägerverein wurde am 8. Mai 2000 auf Initiative der Gruppe 33 - Arbeitsgemeinschaft zur Zeitgeschichte in Ahrensböök e.V. mit breiter politischer Unterstützung gegründet. Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis hat die Schirmherrschaft übernommen

Gründungsanlass

Der Trägerverein ist verantwortlich für Erwerb und Sanierung des Direktorenhauses Flachsroöste, in dem 1933 ein Konzentrationslager untergebracht war. Er initiiert ein Nutzungskonzept für die Gedenkstätte mit regionalem Zeitschichtsmuseum. Von den geplanten Ausstellungsabteilungen – frühes KZ,

Schule, Zwangsarbeit und Todesmarsch – wird Letztere im Mai 2001 eröffnet. Die bisher von der Gruppe 33 in Kooperation mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste veranstalteten Internationalen Sommerlager bilden den Grundstock für die geplante (Jugend-) Begegnungsstätte.

Inhalt der Arbeit

Personal, Infrastruktur, Geld, Sachverstand und gesellschaftliche Unterstützung für die Gedenkstätte Ahrensböck müssen bereitgestellt werden. Der Leiter der Gedenkstätte, Christian Rathmer (Historiker M. A.), nimmt am 1. Mai seine Tätigkeit auf. Ihm obliegt auch die Interessenvertretung der Gedenkstätte gegenüber der Öffentlichkeit und in Gremien überregionaler Zusammenarbeit wie z. B. bei der Task-Force-Konferenz im Frühjahr 2001 in Amsterdam. Der Trägerverein beruft einen Beirat aus Fachleuten des Landes, der die Qualität der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit sichern soll. Ihm gehören u. a. K. L. Kohlwege und M. Bouteillier sowie verschiedene Personen des öffentlichen Lebens und Fachwissenschaftler an.

Größe und Entwicklung

Zzt. hat der Verein 30 Mitglieder, vorwiegend interessierte Personen aus der Region. Juristische Personen sind Kommune und Kirchengemeinde Ahrensböck, der Kreis Ostholstein und der Ev.-luth. Kirchenkreis Eutin sowie eine Firma. Angestrebt ist eine Mitgliederzahl von 200 bis zum Jahr 2002, wobei neben Einzelpersonen insbes. die Kommunen und Kirchengemeinden sowie gesellschaftliche Gruppen und Unter-

nehmen der Region angesprochen sind.

Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Eintritten bei Veranstaltungen sowie Kollekten und Spenden. Von großem Gewicht sind darüber hinaus die Kooperationspartnerschaften mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Aktion Sühnezeichen. Anträge auf Zuschüsse von Kommunen, Kreis, Land und Europäischer Union wurden in der Vergangenheit überwiegend positiv beschieden und ermöglichten u. a. den Erwerb des Gedenkstättengebäudes (225.000 DM) und die Realisierung der Ausstellung (rd. 35.000 DM). Mit einer AB-Maßnahme konnte der Verein die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters einrichten und betreibt die Absicherung als Dauerarbeitsplatz. Die Mitarbeit an der in Gründung begriffene „Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten“ zielt auf die institutionelle Förderung der Einrichtung.

Aktivitäten, Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen

Die Eröffnung der Gedenkstätte erfolgt am 8. Mai 2001. Damit steht für Besuche und Führungen die Ausstellung zum Todesmarsch Auschwitz - Holstein 1945 zur Verfügung. Der „Hoffnungsweg für Toleranz“ wird im Juli die Todesmarsch-Strecke nachgehen.

In den Sommerferien ist das III. Internationale Jugendlager geplant, zu dem wiederum auch jugendliche Asylbewerber erwartet werden. Erstmals wird auf dem Gelände der Gedenkstätte eine deutsch-polnische Jugendbegegnung im Rahmen der Städtepartnerschaft statt-

finden. Der Trägerverein ist an der Stärkung der „Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstättenarbeit“ hoch interessiert. Er setzt die bei der Tagung „Das Gedächtnis des Landes“ (vgl. S. 119) begonnene gute Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie und der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Ziel regelmäßiger landesweiter Gedenkstättenseminare fort.

Zur Unterstützung der Gedenkstätte erschienen zuletzt: Jörg Wollenberg, Ahrensböck, Kleinstadt im Nationalsozialismus, Bremen 2000 bzw. Jörg Wollenberg, Unsere Schule war ein KZ, Bremen 2001. Es gibt eine kontinuierliche und aufgeschlossene Berichterstattung in der regionalen Presse. Anlässlich besonderer Veranstaltungen gelingt es fallweise, die überregionale Presse, Radio und Fernsehen zu interessieren.

Resonanz auf die Arbeit

In den vergangenen Jahren hat die Gruppe 33 mit ihren vielfältigen Aktivitäten, insbesondere mit dem Wegzeichen-Projekt 1999, ein positives Umfeld zur Thematisierung der NS-Vergangenheit bereitet. So ist ein regionales Netzwerk aus engagierten Personen – oft pädagogisch Tätigen – entstanden, das überraschende Handlungsspielräume eröffnete. Politische Mandatsträger aller Parteien unterstützen, wenn auch in

unterschiedlichem Maße, Entstehung und Institutionalisierung der Arbeit. Öffentlich geäußerte Vorbehalte gibt es kaum. Allerdings besteht seit der schweren Beschädigung der Ahrensböcker Stele, die an den Todesmarsch erinnert, eine - auch durch den Staatsschutz begleitete - Aufmerksamkeit gegenüber Gewaltbedrohung.

Projekte und Pläne

Neben der Fortsetzung und Ausweitung der bisherigen Arbeit kommt der Bausanierung zentrale Bedeutung zu. Zzt. bereitet der Trägerverein einen Architektur-Wettbewerb mit der Maßgabe vor, dass für die anstehenden Bauabschnitte Kooperationen mit Trägern der beruflichen Ausbildung gesucht werden. Damit könnte eine Klientel erreicht werden, die der üblichen Aufklärungspädagogik fern steht.

Geplant ist der Aufbau einer Fachbibliothek und die Auslobung eines Preises für Geschichtsforschung durch Jugendliche. Das Gelände der Gedenkstätte soll Spielort für das Schleswig-Holstein-Musikfestival werden.

Michael Schwer

Kontakt: Gedenkstätte Ahrensböck,
Flachsröste 16, 23623 Ahrensböck,
Tel. 04525 / 493 060, E-Mail:
gedenkstaetteahrensboek@t-online.de